Wahlen im September 2025 in NRW

Ihre Meinung zu Themen der Gemeinwohl - Ökonomie (GWÖ)

Was ist die GWÖ, was sind ihre Ziele?

Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist ein innovatives, nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit dem Ziel einer ethischen Wirtschaftskultur. Als Alternative zum gegenwärtigen Wirtschaftsverständnis baut sie auf den Werten Menschenwürde, ökologische Verantwortung, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und Transparenz auf.

Hinter der Gemeinwohl-Ökonomie steht die Überzeugung, dass die drängenden Herausforderungen unserer Zeit – von der Ressourcenknappheit über die Klimakrise, vom Verlust der Artenvielfalt bis hin zur größer werdenden Kluft zwischen Arm und Reich – Folgen des Kapitalismus sind und nur ganzheitlich und systemisch zu lösen sind. Als nachhaltiges Wirtschaftssystem bietet die Gemeinwohl-Ökonomie eine Alternative mit konkreten Tools.

Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen – dort, wo die Menschen leben und arbeiten. Dementsprechend kann der Beitrag der Städte, Kreise und Gemeinden zu einer

nachhaltigen Entwicklung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dass es sich bei der Nachhaltigkeit um eine globale Aufgabe handelt, zeigt nicht zuletzt die Agenda 2030 mit den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs), die die Vereinten Nationen im Jahr 2015 verabschiedet .

Immer mehr Kommunen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, machen sich auf den Weg, den Paradigmenwechsel, den die Agenda 2030 beschreibt, aktiv zu unterstützen. Sie tun beispielsweise, indem sie Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln und umsetzen, die sich explizit oder implizit an den SDGs orientieren. Viele tun dies aber auch, indem sie eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen und ihre weitere Entwicklung am Gemeinwohl ausrichten.

Mehr Informationen finden sie hier:

<https://germany.econgood.org/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinwohl-Ökonomie>

Hier nun unsere Themen und Fragen

1. Klimaschutz als Lebensgrundlage

- A. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die aktuelle Gesetzgebung zum Klimaschutz in Bonn umgesetzt wird?
- Entspricht die Umsetzung Ihrer Meinung nach auch den Zielen des Pariser Klimaabkommens?
- B. Wie beurteilen Sie den Stand der Dinge im [Klimaplan 2035](#) der Stadt Bonn?
- C. Welche Arbeitsgebiete in diesem Plan finden Sie besonders wichtig und wo sind Sie / ist Ihre Partei direkt aktiv?

2. Gemeingüter als Lebensgrundlage

Gemeingüter wie Wasser, Grundnahrungsmittel, Wohnraum und Freiflächen sind Grundbedürfnisse der Menschen und müssen jedem Menschen zur Verfügung stehen. Setzen Sie sich dafür ein, dass diese Gemeingüter grundsätzlich vor Spekulation, Privatisierung und Ausbeutung geschützt werden?

- A. Welche Maßnahmen planen Sie in Ihrer Gemeinde, um dies zu unterstützen?
- B. Wie denken Sie sind Ihre Eigenbetriebe diesbezüglich aufgestellt und wie möchten Sie im Falle von Verstößen gegen das "Gemeinwohl-Gebot" eingreifen?
- C. Welche Gemeingüter sind derzeit nicht unter öffentlicher Kontrolle und wie möchten Sie diesbezüglich eingreifen?

3. Messung von Wohlergehen und Lebensqualität

Um das Gesellschaftliche Ziel von einem "Guten Leben für alle" messbar zu machen, fordert die Gemeinwohl-Ökonomie ein Wohlfahrtsmaß (**Gemeinwohl-Produkt**) in Ergänzung zum BIP. Dieses misst das Wohlergehen in allen sozialen und ökologischen Bereichen der Gesellschaft. Auf lokaler Ebene gibt es bereits Pilotprojekte, die Indikatoren für ein Gemeinwohl-Produkt evaluieren (Gemeinwohl-Indizes).

A. Unterstützen Sie, dass ein Gemeinwohl-Produkt ein Maßstab für Entscheidungen wird?

B. Werden Sie Verwaltungsvorschriften, die gemäß der Gemeinwohl-Indikatoren negative Wirkungen auf das Gemeinwohl haben, als Ratsmitglied ablehnen? Warum würden Sie sie ablehnen bzw. ihnen zustimmen?

C. Auf lokaler Ebene könnten Faktoren des Gemeinwohl-Produkts wie Ökologische Nachhaltigkeit, Einhalten der Menschenrechte, Teilhabe, Lebensqualität und Zufriedenheit aber auch die Beiträge zur Gesellschaft ermittelt werden. Wie stellen Sie sich Ermittlung und Auswirkungen daraus vor?

4. Vorteile für nachhaltig wirtschaftende Unternehmen durch verbindliche Nachhaltigkeitsstandards wie die Gemeinwohl-Bilanz

Die Spielregeln im heutigen Wirtschaftssystem belohnen Unternehmen mit Preisvorteilen, wenn sie Kosten an die Umwelt und andere Menschen auslagern (externalisieren). Verantwortung lohnt sich wirtschaftlich kaum, Kostendrücken dafür umso mehr. Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) befürwortet ein Wirtschaftssystem, in dem alle wirtschaftliche Tätigkeit dem "guten Leben für alle" dient. Die Gemeinwohl-Bilanz (und vergleichbar verbindliche Nachhaltigkeitsstandards) machen messbar und vergleichbar, welchen sozialen und ökologischen Beitrag ein Akteur (z.B. Unternehmen, Kommune, Organisation) für die Gesellschaft leistet. Setzen Sie sich dafür ein,

A. dass alle Organisationen und Geschäftspartner der Stadt eine solche Bilanz erstellen müssen? Welche Maßnahmen würden Sie dafür ergreifen?

B. die Vergabe öffentlicher Aufträge durch Stadt- oder Gemeindeverwaltung auf Grundlage der nachgewiesenen Gemeinwohl-Wirkung eines Unternehmens z.B. durch die GWÖ-Bilanz erfolgt?

C. die steuerliche Be- / Entlastung von Unternehmen sowie insb. Subventionen von Unternehmen an das Ergebnis einer geprüften Gemeinwohl-Bilanz geknüpft werden - sofern rechtlich möglich?

5. Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Das LkSG, das der Bundestag verabschiedet hat, ist an entscheidenden Stellen unzureichend. Stimmen Sie als Ratsmitglied für eine lokale Verbesserung der Beschaffungsregeln mit folgenden Forderungen:

- A. Verpflichtung von Unternehmen durch entsprechende Ausgestaltung der Einkaufsregeln zur Sorgfalt entlang der gesamten Wertschöpfungskette um gleichauf mit den Anforderungen der [UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#) zu sein
- B. Damit ein Lieferkettengesetz wirkt, muss es eine zivilrechtliche Haftung ermöglichen und Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen im Ausland die Möglichkeit geben, vor deutschen Gerichten Schadensersatz von verantwortungslos handelnden Unternehmen einzuklagen
- C. Wie wird derzeit in Ihrem Zuständigkeitsbereich für die Einhaltung des Lieferkettengesetzes gesorgt?
- D. Sind die Zuständigkeiten klar geregelt / wer ist zuständig?
- E. Gibt es klare Beschaffungsregeln und welchen Einfluss nehmen Sie auf diese?

6. Plebiszitäre Elemente für mehr demokratische Mitbestimmung

Die direkte demokratische Mitentscheidung der Bürger*innen sollte ein fester Bestandteil unserer Demokratie werden

- A. Können Sie sich vorstellen, dass Bürgerräte auf kommunaler Ebene zu verbindlichen Institutionen werden?
- B. Bitte beschreiben / benennen Sie die in Ihrer Gemeinde gültigen Bürgerbeteiligungsverfahren.
- C. Bitte schätzen Sie ein,
 - wie gut / sinnvoll / effektiv diese genutzt werden
 - welche Maßnahmen Sie planen, um diese zu verändern (... zu verbessern ...)
- D. Planen Sie Maßnahmen, um die bestehende Bürgerbeteiligung Richtung Bürgerräte zu entwickeln und welche Befugnisse sollen die Bürgerräte dann haben?